

Die vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung, soweit sie von der Verwaltung angestoßen wurde, hat drei Ziele:

- 1.) Überarbeitung der Regelungen bzgl. der papierlosen Ratsarbeit bzw. zur Einladungsfrist
- 2.) Klarstellung über das Fragerecht von Ratsmitgliedern und Fraktionen
- 3.) Redaktionelle Änderungen: „Hansestadt“ anstelle von „Stadt“

Zu 1.): Von den 34 Ratsmitgliedern haben sich zwischenzeitlich 30 für die papierlose Rats- und Ausschussarbeit entschieden. Die Möglichkeit, sich über Tagesordnungen, Vorlagen und deren Anlagen zu informieren, haben alle Ratsmitglieder innerhalb der unverändert bleibenden Einladungsfrist durch den geschützten Zugang zum Ratsinformationssystem. Die Ratsmitglieder, die nicht auf die Papierform verzichten, erhalten die Sitzungsunterlagen mit leichter Verzögerung per Postversand zusätzlich.

Die Information der Medien erfolgt ab September 2015 nicht mehr über den Postversand, sondern ressourcenschonend per Email, Link auf die Gremienseite und Bereitstellung einer PDF-Datei mit dem gesamten Inhalt der öffentlichen Sitzungen im Bürgerinformationssystem.

Auch bezüglich der Niederschriften werden aufgrund der veränderten Praxis redaktionelle Änderungen vorgeschlagen.

Zu 2.): In der Ratssitzung am 28. April dieses Jahres hatte sich im Zusammenhang mit mündlichen Nachfragen die Notwendigkeit gezeigt, das Fragerecht von Ratsmitgliedern und Fraktionen für die Zukunft klarer zu formulieren und eine dort aufgetretene Unsicherheit darüber zu beseitigen, wer zur Nachfrage berechtigt ist.

Sah die Geschäftsordnung bisher eine Zusatzfrage vor, so sieht die vorgeschlagene Neuregelung die Möglichkeit von zwei Zusatzfragen vor.

Zu 3.): An vielen Stellen der Geschäftsordnung ist die Bezeichnung „Stadt“ noch durch „Hansestadt“ zu ersetzen. Dazu sollte diese Gelegenheit genutzt werden.

In der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 17.11.2015 haben sowohl die CDU-Fraktion als auch die SPD-Fraktion jeweils mehrere Änderungsvorschläge gemacht. Auf Anregung der UWG-Fraktion in der anschließenden Diskussion hat der Ausschuss keine förmliche Beschlussempfehlung an den Rat ausgesprochen.

In die Gegenüberstellung der nach Auffassung der Verwaltung zu ändernden Textpassagen, die der HFA-Vorlage auch schon beigefügt war, sind nunmehr die Anregungen von CDU und SPD grau hinterlegt ergänzt worden.

Der Änderungsvorschlag gemäß dem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD bezüglich der Ergänzung der Geschäftsordnung um den Abschnitt „Ältestenrat“ gemäß TOP 1.7.1 (3) ist hier noch nicht erfasst. Er sollte in eine weitere Geschäftsordnungsänderung, die gemeinsam mit der Änderung der Hauptsatzung einhergeht, zunächst im

Haupt- und Finanzausschuss vorberaten werden.